Ausgabe für Groß-Berlin

20 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 25. Dezember 1925
Freitag Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Chefredakteur und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr 1074 61. Bei Ausfall höherer Gewalt kein Anspruch auf Lieferung. „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,85 R·M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * DIZ im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :-: :-: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :-: :-:

25.12.m

64. Jahrgang
Nr. 606

Frankreichs Mangel an Kolonialärzten.

Von
Prof. Dr. E. Steudel.

In den „Renseignements Coloniaux" Nr. 11, einem Beiheft der Novembernummer 1925 von „L'Afrique Française", findet sich an erster Stelle ein Artikel „L'Organisation sanitaire de nos Colonies africaines". Aus ihm geht hervor, in welcher Weise die Franzosen ihrem großen Mangel an Aerzten für die Kolonien abhelfen zu können hoffen. Zurzeit fehlen von 600 Aerztellen, deren Besetzung notwendig wäre, nicht weniger als 200, und zwar hauptsächlich in Afrika, während in Indo-China gegenwärtig wegen des günstigen Standes des Pestes kein Mangel herrscht. Von den afrikanischen Kolonien, auf welche die 200 Fehlstellen entfallen, leiden aber die äquatorialen, die in Frankreich als besonders ungesund verschrien sind, weit mehr Not als die westafrikanischen. Die Zivilärzte meiden Aequatorialafrika ganz, wo beurpflichtet der Kampf gegen die Schlafkrankheit als eine sehr undankbare und gefährliche Aufgabe gilt.

Um die Lücken auszufüllen, werden drei Wege eingeschlagen. Zur Vermehrung der Militärärzte in den Kolonien ist in der Militärsanitätsschule von Lyon eine koloniale Abteilung neu eingerichtet worden. Von 50 Kandidaten, die sich dazu gemeldet hatten, konnten elf bereits eingestellt werden. Sie erhalten noch besondere Ausbildung zusammen mit den Kolonialschülingen der Marine- und Kolonialsanitätsschule von Bordeaux, in der jährlich etwa 40 Kolonialkandidaten aufgenommen werden, in der Kolonialmedizinschule von Marseille noch weitere theoretische und praktische Kurse als Abschluß ihrer fünf Jahre dauernden Ausbildung.

Da aber dieser Erfolg, der zudem erst nach fünf Jahren in Wirksamkeit treten wird, bei weitem nicht genügt, sind 22 russische, durch die Revolution aus ihrem Vaterland vertriebene Aerzte in die von den Franzosen so gefürchteten Aequatorialsäfrikanischen Kolonien geschickt worden, und ebenso wurden 12 Aerzte der Tschechoslowakei eingestellt.

Außerdem sollen aber eingeborene Aerzte ausgebildet werden. Die Schule von Hanoi soll die Ermächtigung erhalten, Doktordiplome auszustellen. Diese farbigen Doktoren werden wieder in Indo-China bleiben, aber dadurch die Zahl der für Afrika zur Verfügung stehenden Aerzte vermehren. Endlich wurde noch die Ausbildung von eingeborenen Aerzten in der Westafrikanischen Kolonie beschlossen. Um alle Kompetenzschwierigkeiten von vornherein auszuschalten, sollen sowohl die fremdländischen als die eingeborenen Aerzte den Bescheidenen Namen Hilfshygienister tragen.

Zum Schluß seines Artikels rühmt der Verfasser Camille Guy die weibliche Fürsorge im Geburtshilfe und Kinderpflege, deren Mitglieder der Kolonialminister den Vertretern des Afrikahandels und angesehenen Kolonialmännern empfohlen hat, als die wahre Morgenröte der französischen Eingeborenenhygiene.

Das Papier ist geduldig. In Wirklichkeit werden die wenigen französischen Kolonialschandeln, die durch die Schule von Lyon gewonnen werden, die Zahl der für Afrika zur Verfügung stehenden Aerzte vermehren. Endlich wurde noch die Ausbildung von eingeborenen Aerzten in der Westafrikanischen Kolonie beschlossen. Um alle Kompetenzschwierigkeiten von vornherein auszuschalten, sollen sowohl die fremdländischen als die eingeborenen Aerzte den bescheidenen Namen Hilfshygienister tragen.

Zum Schluß seines Artikels rühmt der Verfasser Camille Guy die weibliche Fürsorge im Geburtshilfe und Kinderpflege, deren Mitglieder der Kolonialminister den Vertretern des Afrikahandels und angesehenen Kolonialmännern empfohlen hat, als die wahre Morgenröte der französischen Eingeborenenhygiene.

Das Papier ist geduldig. In Wirklichkeit werden die wenigen französischen Kolonialschandeln, die durch die Schule von Lyon gewonnen werden, die Zahl für Afrika größer werdenden Lücken der französischen Kolonialärzte nicht ausfüllen können. Die französischen Aerzte, die mit flüchtig zu „Aerzten" ausgebildeten Eingeborenen auf eine Stufe gestellt sind, werden ihren Dienst als Hilfshygienister nicht mit allem großen Begeisterung ausüben, und Eingeborene von Westafrika werden nach vierjähriger Ausbildung niemals einen tüchtigen europäischen Arzt ersetzen können. Die Schlafkrankheit in Aequatorialafrika und Kamerun wird aber weiter zunehmen und die Länder entvölkern, die Frankreich an sich gerissen hat, ohne Aerzte für ihre Sanierung stellen zu können.

Aus dem Inhalt der Weihnachtsbeilagen.

„Was haben Sie in Ihren Memoiren nicht geschrieben?"

Neue Dokumente zur Zeitgeschichte in Autographen auf der Feder von: General Groener, Graf Bertling, Gesandten Dr. Naumann, Oberhofmarschall Freiherrn v. Reischach, Admiral Scheer, Großadmiral v. Tirpitz, Generalobrist Baron Aehrenthal, Freiherrn v. Aufsseneck, Baron Mulaik, Freiherrn v. Werkmann, General Suchomlinoff, Ministerpräsident Dr. Radoslawoff.

Beiblatt:

Krippenspiel beim Kurfürsten (Prof. Dr. Max Jungwirth). — Berliner Weihnachtsmarkt um 1860 (Georg Schweiger). — Das heilige Blut von Wilsnack (Graf H. Wedebinder). — Weihnachtspostill und Kunstbadeschutzling, IV. (Franziskus).

„Daheim und Draußen":

Literarische Beiträge von Hans Frank, Otto Gulas, A. H. Kober, Selma Lagerlöf, Ernst Lissauer, Alfred Richard Meyer, Charlotte Pfeile, Wilhelm v. Scholz, Joseph Winckler, Karl Zuckmayer.

„Zum Zeitalter Friedrich":

Beiträge von Friedrichsfreunden a. D. Dr. Siegerwald, Robert Bosch (Stuttgart), Verbandsdirektor Gerke, Reichsminister Dr. Alfred Hugenberg, Minister a. D. v. Raumer.

„Kraft und Stoff":

Zukunftsaufgaben der Hüttenindustrie (Dr.-Ing. Konrad Hermann). — Amerikanische Ingenieurausbildung (Geh. Baurat Dr.-Ing. e. h. G. Lippart). — Die gute Technik und der böse Techniker (Siegfried Hartmann). — 30 Jahre Röntgenstrahlen (Graf Karl v. Klinckowstroem). — Leuchtstoffe für Farbe und Fasern (Dr. E. Berdenz).

„Weltverkehr":

Morse - Uhrzeit. — Deutsche Fernkabel. — Erreichtes und Erstrebtes im Rundfunk (Prof. Dr. E. W. Wagner). — Weihnachten in Ostafrika. — Der Kunstrich der Schranken.

„DIZ im Bild":

Hans Baldungs Madonna mit spielenden Engeln, — Mein Freund der Regenpfeifer, — Strindbergs Kerl XII. — Faust zweiter Teil (Illustrationen von Max Slevogt). — Blumenschau (Mode). — Vom Hallenport. — Rätsel.

Die Wahrheit marschiert.

Englischer Appell gegen die Kriegsschuldlüge.

Paris, 24. 12.

Die radikale „Volonté" veröffentlicht heute einen Appell englischer Intellektueller an das Weltgewissen, gegen die Kriegsbeschuldigung Deutschlands, wie sie in Artikel 231 des Versailler Vertrags enthalten ist, Stellung zu nehmen. Dieser englische Appell ist veranlaßt worden durch den von einigen Deutschen veröffentlichten französischen Appell. Es heißt darin:

„Wir betrachten die Artikel 227, 230 und 231 des Versailler Vertrages als unter den schwersten Bedingungen einer besiegten Nation auferzwungen, als die Kundgebung eines Geisteszustandes der alliierten Mächte, der jetzt als vollkommen unzeitgemäß angesehen werden muß. Wir glauben, daß sie ungerecht sind und ein großes Hindernis für die internationale Verständigung bilden. In Anbetracht dessen fordern wir die interessierten Regierungen auf, diese Artikel in kürzester Frist abzuändern oder, wenn die Revision des Versailler Vertrages ein längeres oder verwickeltere Verfahren erfordert, gerecht ihre Absicht kundzugeben, diese Paragraphen als nicht bestehend anzusehen."

Unter den Unterzeichnern, die zum größten Teil aus Schriftstellern, Professoren und Künstlern bestehen, findet man Keynes, Murray (Professor in Oxford), Bernard Shaw, H. G. Wells, Israel Zangwill, Bertrand Russel, das ehemalige Mitglied des Kabinetts Mac Donald Margaret Bondfield, den Journalisten Brailsford, den philosophischen Schriftsteller Dickinson, Harold J. Laski, Professor Lindsay aus Oxford, den Bischof von Manchester und andere.

Französische Beurteilung der französischen Diplomatie.

Paris, 24. 12. In der „Humanité" werden heute Schriftstücke veröffentlicht, die das ehemalige Mitglied der Liga für Menschenrechte, Lagarde, in einem demnächst erscheinenden Buche über die „Kriegsursachen" mitteilen wird. Lagarde sagt darüber in der „Humanité", **die von ihm veröffentlichten Briefe deckten die Wurzeln der niedrigen Komödie, die Intrigen, die Heuchelei, die Irrtümer und die Unsittlichkeit der französischen Diplomatie auf.** Sie seien das treue Diskolid der Methoden, die angewandt Herriots gegenüber. Trotz der Phantasie der Mitin, trotz der Spezialmittel, die kaum gemacht, wiederum werden, trotz der Unterdrückung und trotz der Einschaltungen in den offiziellen über einzelne Texten bleibt folgendes zutreffen: Die Depesche Daloziers, Nr. 118 des Gelbbuches, betreffend die allgemeine Mobilmachung Rußlands, ist in Paris furz nach 6 Uhr morgens, oder genauer gesagt, nach 5 Uhr Pariser Zeit eingegangen.

Der Schriftwechsel, der heute in der Wahrheit veröffentlicht wird, ist ein Schriftwechsel, des Lagarde mit den Leitern der Liga für Menschenrechte geführt hat, um die historische Wahrheit festzustellen. Es sind zumeist Briefe aus dem Jahre 1925, darunter auch Briefe Herriots. Diese Briefe geben Lagarde Veranlassung, die Liga für Menschenrechte zu beschuldigen, sie habe die für den Krieg Verantwortlichen gedeckt. Die einzige Frage, die Lagarde aufwirft, ist eben die Frage, wann Viviani von der allgemeinen Mobilmachung in Rußland Kenntnis erhalten hat.

Italien und die deutschen Kolonialfragen.

Rom, 24. 12. (W. T. B.) Im „Popolo d'Italia" wird angeführt, daß man in Frankreich und England geneigt sei, Deutschland Kolonien zu geben. Dadurch, daß man Deutschland Kolonien für seinen Bevölkerungsüberschuß gewähren wolle, werde der Friede besser gesichert werden als durch die Locarnoer Abmachungen. Italien würde dagegen keinen Widerspruch erheben, es würde nur darauf hinweisen, daß Italien bei dieser Kolonienverteilung nicht übergangen werde. Nicht gegen Deutschland richteten sich die italienischen Pressäußerungen, sie verträten nur die Ansprüche Italiens.

Neue Abrüstungsnoten?

kbg. **Wien**, 24. 12. (Eigenbericht.)

In politischen Kreisen verlautet, daß die Große Entente in Wien, Budapest und Berlin Noten überreicht habe, worin diese drei Staaten aufgefordert werden, die nach Ansicht der Botschafterkonferenz noch nicht genügend durchgeführten Abrüstungsmaßnahmen vollständig zu vollenden. Sobald dieses geschehen wäre, würde die Militärkontrolle den Völkerbund zu übergeben sein.

Wieder tschechische Deutschenbrüskierung.

kbg. **Wien**, 24. 12. (Eigenbericht.)

Das Statut der neuen tschechischen Notenbank legt als Umgangssprache die tschechische Sprache fest. Von den Deutschen wird gegen diese Bestimmung mit der Begründung Einspruch erhoben, daß die Deutschen über ein Drittel der Bankanteile zu zeichnen beitragen, in ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft an erster Stelle neben den Tschechen stehen und daß die Bestimmung der Statuten der neuen Notenbank in herabwürdigendem Maße beteiligt haben, so daß sie Anspruch haben auf die Gleichberechtigung der Amtssprachen. Ferner überdies die Minderheitsklausel des Friedensvertrages.

Kein Abbruch der Pariser Luftfahrtverhandlungen.

Die Pariser Luftfahrtverhandlungen sind nicht, wie verschiedentlich gemeldet, abgebrochen, sondern vertagt worden, die Konferenz am 6. Januar 1926 in einer Besetzung der Botschafterkonferenz wieder aufgenommen werden. Inzwischen werden die verschiedenen Delegierten Gelegenheit haben, ihren Regierungen über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu berichten und weitere Weisungen einzuholen.

Auch die mit den allgemeinen Luftfahrtverhandlungen parallel laufenden besonderen Luftverkehrsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich werden am 6. Januar fortgesetzt werden.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Amerikakredite für die Privatwirtschaft?

Das Problem der Reichsbahnobligationen.

a. **Paris**, 24. 12. (Eigenbericht.)

In hiesigen politischen Kreisen sind die Frage neuer finanzieller Vereinbarungen mit Deutschland neuerdings wieder erörtert. Einen sehr interessanten Beitrag hierzu liefert der politische Leiter des „Petit Journal", Marcel Ray, der in der Regel über unverlässige Informationen verfügt. Nach seiner Darstellung ist es dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht während seines kurzen Pariser Aufenthaltes nicht gelungen, neue Kredite für Deutschland zu erhalten.

Dagegen habe sich die amerikanische Finanzwelt bereit erklärt, die hiesige bei deutschen Interessen und Menschen bewährten Kredite in Zukunft der deutschen Privatwirtschaft zuzuwenden, jedoch unter zwei Bedingungen:

1. Die Reichsbank müsse sich verpflichten, mit der Bank von England und der Bank von Frankreich ein Abkommen über eine gemeinsame Finanzpolitik zu schließen.

2. Amerikanische Hilfe gegenüber Deutschland würde erst dann wohl in Wirksamkeit treten, wenn die Frage der alliierten Schulden gegen Amerika vollkommen geregelt sei.

Marcel Ray fügt diesen Informationen folgende Betrachtung hinzu: „Die Amerikaner wollen also nicht die Banken Deutschlands, sondern die Banken Europas werden, eines besser organisierten und einigen Europas. Sie nehmen den Vertrag von Locarno und alle Verpflichtungen, die daraus folgen, vollkommen ernst. Sie geben eine indirekte, aber wertvolle Unterstützung dem Programm für die Interalliierte Wirtschaftsorganisation, das Loucheur in Genf entworfen hat. Auf diese Weise werden

Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Interesse

an der Gesundung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse und ihres Finanzwesens haben." Aehnliche Auffassungen, wie sie hier entwickelt werden, kann man, wie wiederholt berichtet wurde, seit längerer Zeit in hiesigen maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Kreisen hören. Es besteht sich dabei vor allem um die Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen. Angesichts der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands ist es überaus bedauerlich, daß diese Probleme in der deutschen Oeffentlichkeit sehr geringe Aufmerksamkeit finden. Wenn die Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen auf deutscher Seite mit der Begründung abgelehnt wird, daß durch sie eine Revision des Dawes-Planes verhindert würde, so ist das ein offenbarer Irrtum. Eine Revision des Dawes-Planes ist nur durch Zustimmung der Vereinigten Staaten möglich, die übrigens an der Mobilisierung der deutschen Eisenbahnobligationen nicht mitbeteiligt sind. Im Gegenteil die einzige Möglichkeit, die eine solche Revision erfolgen läßt. Nur wenn es Deutschland gelingt, seine eigenen Interessen mit denjenigen der anderen beteiligten Staaten in Uebereinstimmung zu bringen, wird sich die Revision des Dawes-Planes ermöglichen lassen, und auch nur dann wird Deutschland die finanzielle Hilfe Amerikas, den

Aufbau der europäischen Zahlschranken

und einen allgemeinen Aufbau seines Wirtschaftslebens erwarten können.

Angesichts der großen wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, von denen Deutschland bedroht wird, scheint es unbegreiflich, daß von deutscher Seite nichts geschieht, um das Abkommen von Locarno auf wirtschaftlichem Gebiete wirksam zu machen, und daß sich die breite Oeffentlichkeit nicht veranlaßt in politischer Weise an der Diskussion beteiligt, wie sie sich in anderen Ländern über diese Frage entfaltet hat. Vielleicht wendet sie sich, wenn die parteipolitische Verhetzung ihr dazu Zeit lassen sollte, einmal dieser Aufgabe zu.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Gesetz- und Verordnungsentwürfe.

Entsprechend der Erklärung, die der Reichsarbeitsminister am 11. Dezember 1925 im Haushaltsausschuß des Reichstages bei der Beratung der zur Erwerbslosenfürsorge erfolgten Reichsbahnzuschüsse abgegeben hat, und dem in der Vollversammlung des Reichstages am 12. Dezember 1925 einstimmig gefaßten Beschlusse des Reichstages ist im Reichsarbeitsministerium ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der die Einführung einer höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge bezweckt. Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung der Neuregelung zugestimmt, der Gesetzentwurf liegt bereits dem Reichsrat vor und wird dem Reichstag alsbald zur Beschlußfassung zugeleitet werden.

Nach einem ebenfalls dem Reichsrat bereits unterbreiteten Verordnungsentwurf sollen die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge für die Angestellten bis zur Höhe des Reichsgebiet bemessen werden und zum Teil in einer neu zu errichtenden Reichsausgleichskasse fließen. Damit wird der in der Krisenzeit besonders nötige Ausgleich zwischen den unter- und überlasteten Berufsgruppen hergestellt werden und das Beitragsaufkommen so vollständig wie möglich zur Deckung der Fürsorgeaufwandes heranzugezogen.

Schließlich sollen im Verordnungswege die Befreiungen von der Beitragspflicht, die einen nicht vorhergesehenen außerordentlichen Umfang angenommen haben, nach Möglichkeit eingeschränkt werden.

Santiago de Chile, 24. 12. (W. T. B.) Der Kongreß hat Emiliano Figueroa zum Präsidenten der Republik proklamiert. Der neue Staatspräsident ernannte zum Ministerpräsidenten Maximiliano Ibanez. Das Außenministerium übernimmt Matthieu.

Der Moskauer Parteitag.

Ablehnung Locarnos und des Völkerbundes.

Moskau, 24. 12. (Sowjet-Tel.-Ag.)

Der 14. Parteitag der russischen Kommunistischen Partei nahm heute nach breitägiger Debatte mit 559 gegen 65 Stimmen eine Entschließung an, in der der Standpunkt des Zentralkomitees der Partei in sämtlichen außenpolitischen Fragen im Sinne der Ausführungen des Referats Stalins in allen Punkten gebilligt wird. Den Ausführungen Sinowjews über den Standpunkt der Mehrheit der Sowjets brachten Worowski, Lomski, Kalinin, Moroschilow, Bucharin und zahlreiche Provinzdelegierte zum Ausdruck, die den Leitern des Zentralkomitees vorwarfen, keine positiven Vorschläge gemacht und trotz der Beschuldigung der Mehrheit, sie unterschätze die Gefahren der Großbauernschaft, keine Abänderungsanträge zur Bauernpolitik der Partei gestellt zu haben. Sokolnikow betonte die Notwendigkeit der Entwicklung vornehmlich der Landwirtschaft, da im Falle des Ausbleibens von Auslandskrediten die Industrie sich nur bei verstärkter Getreideausfuhr entwickeln könne. Stalin trat in seinem Schlußwort dieser Standpunkt entschieden entgegen. Er wies erneut auf die Notwendigkeit hin, die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Sowjetunion in der Weltwirtschaft durch

konsequente Industrialisierung

des gegenwärtig agrarischen Sowjetstaates und die Entwicklung der eigenen Maschinenproduktion zu sichern. Unter lebhaftem Beifall erklärte Stalin schließlich, daß keinerlei Bestrebungen in der Mehrheit des Zentralkomitees vorhanden seien, die kollektive Führung der Partei irgendwelchen Veränderungen zu unterziehen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde keine einzige kritische Bemerkung zur Außenpolitik gemacht.

In der Entschließung des kommunistischen Parteitages der Sowjetunion wurde die Politik des Zentralkomitees, der die Festigung der internationalen Lage der Sowjetunion, die wirtschaftliche Aufschwung und die Erstarkung sozialistischer und wirtschaftlicher Elemente zu verdanken ist, in vollem Umfange gutgeheißen. Hinsichtlich der Getreideausführung und der Position der Handelsbilanz seien jedoch Fehler begangen worden, die die Stabilität der Valuta gefährden könne. Deshalb heißt der Parteitag den kürzlich erfolgten Beschluß über die Erzielung einer aktiven Bilanz gut. Das ablehnende Verhalten gegenüber dem Locarnopakt und dem Locarno wird vollkommen bestätigt, wobei Locarno die Neuaufstellung der Kräfte für einen künftigen Krieg und einen Krieg gegen die proletarische sei bezeichnet, eine Politik des Friedens zu führen, die der gesamten Außenpolitik gewichtige liegen wurde die internationalen Handlungen der Sowjetregierung bestimmen müsse. Die militärische Bereitschaft müsse gewahrt und gesteigert werden. Die Unverbindlichkeit des Außenhandelsmonopols wie die Notwendigkeit der Industrialisierung der Sowjetunion werden als die Voraussetzungen für die Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Sowjetunion bestätigt. Die

Stellung hinsichtlich des sozialistischen Aufbaus

der Union, der sich auf den sozialistischen Charakter der verstaatlichten Industrie und die Kooperation der Bauernschaft stützt, wird gedadelt. Anerkannt wird die Richtigkeit der Bauernpolitik der Partei, die auf das Bündnis mit Proletariats und der armen Bauernschaft mit der mittleren Bauernschaft eingestellt ist, zum Zwecke der Gewinnung der mittleren Bauernschaft. Die Unterstützung der Erstarkung der Großbauernschaft wird die Bestrebungen der ausschließenden Bedeutung der mittleren Bauernschaft werden mit besonderer Betonung des letzteren, die Bauernpolitik der Partei meistere und gefördert, gedadelt. Der Parteitag nennt vor übertriebener Ausdehnung der Mitgliedschaft der Partei auf halbproletarische Elemente. Er billigt die Politik des Zentralkomitees, die es auf eine offene Auseinandersetzung mit Trotzki hinarbeitet, die Parteiorganisationen in Leningrad und ihren einzelnen Gesinnungsgenossen innerhalb des Zentralkomitees nicht annehmen lege und bei der Austragung der Meinungsverschiedenheiten auf internem Wege unter Wahrung der Einheitlichkeit der Parteiführung anstrebe.

Vertretung der Wolgadeutschen Sowjetrepublik in Berlin.

Von der Zentralregierung in Moskau wurde heute den Autrage auf Einsendung eines Vertreters der Wolgadeutschen Republik nach Berlin zugestimmt. Die wolgadeutsche Vertretung wird ihren Sitz an der Handelsvertretung der U.S.S.R. in Berlin haben und die besonderen Interessen der Wolgadeutschen in Deutschland wahrnehmen. Durch die Errichtung dieser Vertretung in Berlin wird die Wolgadeutsche Republik auch eine gewisse Selbständigkeit bei der Ausführung ihrer Exportpläne und bei der Durchführung der auswärtigen Handels erhalten.

Der deutschfeindliche Oberkommissar von Danzig.

London, 24. 12. Zur Ernennung des Holländers von Hamel zum Oberkommissar für Danzig schreibt „New Statesman": Die Ernennung eines ausgesprochenen Deutschenfeindes wird einen Sturm, wie ihn Danzig eine Art Richterrolle zwischen Deutschen und Polen zu spielen hat, ist eine sehr ernste, um nicht zu sagen, feindselige Geste. Wie Danzig, Deutschland und Polen, schiedsrichterlichen Posten einem Manne übertragen, gegen den bei einer der Parteien ein tiefes Mißtrauen herrscht, wird diese Auffassung begründet sie. Wenn dieser gleichgültig. Das bloße Vorhandensein dieser Stimmung hätte genügen müssen, um Hamel sofort auszuschließen.

Indem der Völkerbund die energischen Einwendungen einer Partei unbeachtet ließ, hat er etwas getan, was geeignet ist, wieder die ernsten Zweifel an rechtlichen, die man in Deutschland über die Fähigkeit des Völkerbundes, unparteiisch zu handeln, hegt. Zweifellos wird man noch vieles von dieser Sache hören.

Bis Schluss der Redaktion war der New Yorker Funkspruch nicht eingetroffen.

Moskau-Angora und der Westen.

Befürchtungen über geheime Abmachungen.

a. **Paris**, 24. 12. (Eigenbericht.)

Der Abschluß des russisch-türkischen Vertrages wird auf französischer Seite als eine gemeinsame scharfe Stellung der beiden Nationen an den Westen betrachtet, durch den sich Rußland für Locarno und die Türkei für Mosul rächen wollen. Man glaubt hier vorläufig nicht, daß der Vertrag geheime militärische Abmachungen enthält, betrachtet ihn aber auch ohne solche Geheimklauseln als ein ernstes politisches Ereignis, weil er die letzte Möglichkeit für den Beitritt Rußlands zur Genfer Organisation vernichtet. Der „Temps" versichert immer, daß Moskau und Angora auch zusammen nicht stark genug seien, um den Orient gegen den Westen, Asien gegen Europa zu stellen, aber es ist offenbar, daß die Befürchtungen, die der Kreise auf alliierter Seite auslöst, sich dennoch gerade in dieser Richtung bewegen.

★

Der A. A. D. A. meldet: Der Abschluß des russisch-türkischen Neutralitätsvertrages wird in Moskau als ein sehr wichtiges Glied in der folgerichtigen Kette der gesamten russischen Ostpolitik bewertet. Im Vertrag erblickt man einen weiteren Erfolg der russischen Annäherungspolitik an Angora, die nun auf eine offizielle Formel gebracht worden sei. Die abschließenden Pariser Verhandlungen Tschitscherins mit dem türkischen Außenminister dürften durch die jüngste Aufzandreise des türkischen Ministers Sabri Bey vorbereitet worden sein. Vielfach wird angenommen, daß außer den veröffentlichten Vereinbarungen noch andere Abmachungen bestehen, die nicht bekanntgegeben werden. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die englischen Meldungen über das Bestehen einer russisch-türkischen Militärkonvention russischerseits bisher nicht dementiert worden sind.

Tschitscherin in Kowno und Riga.

Kowno, 24. 12. (O. Exp.) Auf der Durchreise nach Moskau hat sich Tschitscherin eine Tag in Kowno aufgehalten. Der Volkskommissar benutzte seine Anwesenheit in der Hauptstadt Litauens, um mit führenden Mitgliedern der litauischen Regierung Rücksprache zu halten. — Bekanntlich konnten in Litauen und Sowjetrußland in letzter Zeit Bestrebungen zum Abschluß von Handels- und Fischereiverträgen zwischen den baltischen Randstaaten und dem Sowjetbunde verzeichnet werden. Das Zustandekommen dieser Verträge hat unlängst warm für einen derartigen Sicherheitspakt plädiert. Ein solcher Sicherheitsvertrag wird aber bei den bestehenden Differenzen unerfüllt gegen Polen eine direkte Spitze gegen Warschau enthalten.

Riga, 24. 12. (W. T. B.) Der russische Volkskommissar des Aeußeren Tschitscherin traf heute morgen auf einem offiziellen Besuch der lettischen Regierung hier ein. Er wird heute nach nach Moskau weiterfahren.

Eine Enzyklika des Papstes.

fr. **Mailand**, 24. 12. (Eigenbericht.)

Das Jubiläjahr der katholischen Kirche hat heute durch die feierliche Schließung der Heiligen Pforte der Peterskirche durch den Papst seinen Abschluß gefunden. Zu dieser Feier hatten sich schon in den ersten Morgenstunden etwa 40 000 Personen in der Peterskirche eingefunden, wo Pius XI. die Zeremonie des Oeffnens mit feierlichem Umzug erfolgten. Der Schließung ging die Vorzeigung der Heiligenreliquien der Peterskirche voraus unter der Verehrung des Allerheiligsten durch den Papst. Pius XI. legte alsdann auf der Schwelle der Heiligen Pforte mit der goldenen Pfiffelkelle die ersten drei Bodenfteine, die ihm vom Oberpönitentiar Kardinal Frühwirth gereicht wurden.

Der „Corriere" hebt die politische Bedeutung der neuesten Enzyklika Pius' XI. über die Einführung des neuen Festes Christi hervor, das in diesem Jahre ausnahmsweise am 31. Dezember gefeiert wird, sonst aber im Zusammenhang mit dem letzten Sonntag im Oktober. Der Papst betont in dieser Enzyklika die Souveränität Jesu Christi der Kirche gegenüber jeder staatlichen Macht und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung sich nicht weigern werde, das Reich Christi anzuerkennen. Wenn sie die Unterschiedlichkeit ihrer Macht und das Gebeiten und den Fortschritt des Vaterlandes wünsche, müsse sie dem Reich Christi Gehorsam und Verehrung erweisen.

★

kbg. **Wien**, 24. 12. (Eigenbericht.)

In Ungarn ist eine Amnestie erlassen worden, die 43 bezogen politischer Delikte betreffen bedeutet. Es fehlen zur Stunde noch nähere Angaben; man nimmt jedoch an, daß der gewesene Staatssekretär Benitzky, dessen Begnadigung von der Oeffentlichkeit mit größter Spannung erwartet wird, sich unter den Amnestierten befindet.

Vermißte Kanaldampfer. — Verkehrsstörungen.

a. **Paris**, 24. 12. (Eigenbericht.)

In den letzten drei Tagen wüteten in allen Teilen Frankreichs starke Stürme, die besonders in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch zur größten Heftigkeit anwuchsen. Besonders das nördliche Kanalgebiet hatte schwer zu leiden. Die Kanalschiffahrt ist zum größten Teil unterbrochen. Mehrere Fahrzeuge werden vermißt. Zahlreiche antenne und telegraphen Masten in Sturbrücke gebracht werden. In Paris verursachte der Sturm zahlreiche Gerüsteinstürze und Dachschäden. Es ist Gefahr, daß die Telephonverbindungen nach dem Innern und nach dem Auslande waren auf fast allen Strecken diese beschädigt. Die Wetterwarte und die Polizeibehörde waren allein in der Pariser Telephonzentrale über 200 Leitungen gestört. Trotz des Sturmes herrschte es in Paris lebhaft. Die Weihnachtsfeiern von Fremden überfüllt. Der öffentliche Weihnachtsbetrieb scheint außerordentlich verlebten Ende zu haben wie früher. Zimmerhin fehlt es nicht an Angeboten, die auf wirtschaftliche Schwierigkeiten weiter Volkskreise hinweisen. Trotz besonderer Kämpfe die Zunahme großer Restaurants und aus Anlaß des Weihnachtsabends, der noch politischer Sitte dekanntlich vielfach in öffentlichen Lokalen gefeiert wird, nicht so viel Zischbestellungen vorliegen, wie man erwartet hatte. Die politische Weihnachtsbetrachtungen der Blätter fehlen, und der Geist von Locarno wird zur Erhöhung der Feststimmung nicht benützt.

Friede auf Erden!

Von
D. Dr. Otto Dibelius.
Generalsuperintendent der Kurmark.

Das Weihnachtsfest hat für uns Deutsche ein zwiefaches Gesicht. Das eine sieht hinein in den engen Kreis der Familie. Am heiligen Abend geht durch unser Kindermärchen Wort einmal etwas wie Kinderfreude hindurch. Das Leben der Familie wird als Heiligtum empfunden. Jeder kommt sich arm vor, der keine Familie hat, aber der mit seiner Familie kein wirkliches Familienleben zu führen imstande ist.

Das andere Gesicht sieht hinaus in die Welt. Es hält Ausschau, ob diejenige Botschaft des Weihnachtsfestes, die der Menschheit von heute die wichtigste und heiligste geworden ist, ein leerer Klang ist oder die Ankündigung einer neuen Zeitordnung — die Botschaft von Friede auf Erden!

Kein Zweifel: diese Botschaft wird heute in manchen Ländern der Welt mit neuen Zungen verkündigt! Die wird in Amerika auf Kaiserslautern laut. Getragen von einem sich täglich mehrenden Wohlstand, schaut man mit großer Zuversicht in die Zukunft: noch eine letzte Anstrengung, noch ein letzter entscheidender Schritt, Rechtung des Kreises durch die christliche Welt — dann ist der ewige Friede da! Dann steht Jesus Christus bei Weihnachtsfeiern eine neue Epoche der Menschheit an! — In England wird man auf den Kanzeln von Locarno reden, von der neuen Friedensstimmung, die nun geschaffen ist. Und über den neuen Hoffnungen, die sich regen, wird man die ungeheure Arbeitslosigkeit, unter der auch dies Land leidet, leichten tragen. Man wird, von dieser Hoffnung beseelt, Mittel und Wege finden, die Not zu lindern mit dem Reichtum, den man trotz aller wirtschaftlichen Rückschläge noch immer sein eigen nennt.

In Deutschland werden die Prediger auf den Kanzeln weniger optimistisch reden. Nicht nur, weil der Druck der Zeit auf allen lastet. Es gibt kein schwereres Schicksal, als arbeiten wollen und keine Arbeit finden! Von den mancherlei Geißeln, mit denen das Zeitalter der Industrie die Menschheit schlägt, ist die zweifellos peinlichste! Und dies Schicksal der Arbeitslosigkeit durchzieht Deutschland heute nicht nur in vielen Hunderttausenden einzelner Menschen. Deutschland durchzieht dies Schicksal als Gesamtheit! Denn so ist Deutschlands Lage: Es will arbeiten! Es kann arbeiten! Es hat seine Fähigkeiten geschärft und seine Arbeitswillen gestählt! Es ist imstande, Leistungen zu vollbringen, mit denen es der Menschheit ernstlich nützen kann! Aber man läßt es nicht arbeiten! Es will allem friedlichen Willen wird es beiseite gestoßen! Andere haben die Arbeitsfähige besetzt. Deutschland muß feiern und das Elend der Arbeitslosigkeit verursachen bis zum letzten!

Was aber ist diese Wirtschaftsordnung von heute, die ganze Völker zum Elend der Arbeitslosigkeit verdammen, anderes als ein Krieg? Ein Krieg mit anderen Mitteln und Methoden, als es Geschütze und giftige Gase sind, und doch in seiner Wirkung nicht weniger grauenvoll als jene? Das eben ist es, was uns und den Beifällen vieler Angelsachsen so oberflächlich erscheinen läßt: daß man glaubt, den Krieg aus der Welt schaffen zu können, wenn man Kriegsmittel verbietet und Kriegsschiffe abrüstet. Als ob man Wirkungen beseitigen könnte, ohne den Ursachen zu Leibe zu gehen! Als ob nicht aus den alten Ursachen immer wieder die alten Wirkungen hervorgehen müßten, wenn auch in anderer Form! Solange das Leben der Menschheit sich im Zeichen des Egoismus vollzieht, wird das Leben ein unaufhörliches Ringen sein, wird die Menschheit sich Wunden schlagen, die aller Heilversuche der Aerzte spotten!

Wenn die Weihnachtsbotschaft für die Menschheit überhaupt etwas bedeuten soll, muß sie hier einsetzen. Ueberwindung der Selbstsucht als Leben gestaltender und Leben beherrschender Macht! Ueberwindung der Selbstsucht durch die Macht der Liebe! Das muß die Lösung sein!

Hier liegt zugleich das große Problem!

Kann die Liebe jemals das Ungeheure vollbringen, was hier gefordert wird? K